

# Krafaauer Zeitung.

Nr. 299.

Samstag, den 31. December

1859.

Die „Krafaauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krafaa 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Insektionsgebühr für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für die erste Einrückung 3 Nkr.; für jede weitere Einrückung 2 1/2 Nkr.; Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krafaauer Zeitung.“ Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zur Pränumeration auf die

## „Krafaauer Zeitung“

Mit dem 1. Jänner 1860 beginnt ein neues vierjähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerationen-Preis für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1860 beträgt für Krafaa 4 fl. 20 Nkr., für auswärtig mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl. 25 Nkr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Krafaa mit 1 fl. 40 Nkr., für auswärtig mit 1 fl. 75 Nkr. berechnet.

Bestellungen sind für Krafaa bei der unterzeichneten Administration, für auswärtig bei dem nächst gelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

### Die Administration.

### Amtlicher Theil.

#### Kaiserliches Patent

vom 20. December 1859.

womit eine Gewerbe-Ordnung für den ganzen Umfang des Reiches, mit Ausnahme des Venetianischen Verwaltungsgebietes und der Militärgrenze, erlassen und vom 1. Mai 1860 angefangen in Wirksamkeit gesetzt wird.

[Fortsetzung.]

#### Sechstes Hauptstück.

##### Gewerbliches Hilfspersonal.

§. 72. Die Rechtsverhältnisse zwischen den selbstständigen Gewerbetreibenden und ihrem Hilfspersonal (Gehilfen und Lehrlingen) sind, insofern nicht das gegenwärtige Gesetz besondere Bestimmungen enthält, nach den Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches zu beurtheilen.

a) Gehilfen.

§. 73. Unter Gehilfen werden in diesem Gesetze Handlungsbienen, Gesellen und Fabrikarbeiter, dann die in gleichen Dienstverhältnissen stehenden weiblichen Hilfsarbeiter verstanden.

Die für höhere Dienstleistungen angestellten Individuen, wie Werkführer, Mechaniker, Factoren, Buchhalter, Kassiere, Zeichner, Chemiker, dann die für bloße Handlanger- und andere größere Arbeiten aufgenommenen Arbeiter und Tagelöhner, endlich die Personen, welche bei dem Betriebe eines Gewerbes bloß Hausgefindebedienste verrichten, wie Kellner, Fuhrknechte u.

werden unter den Gehilfen nicht begriffen.

§. 74. Jeder Gehilfe muß mit den nöthigen Ausweisen versehen sein, welche bei Handlungsbienen in den behördlich erteilten Zeugnissen der früheren Dienstgeber, bei anderen Gehilfen in dem Arbeitsbuche bestehen.

Unternehmer, welche Gehilfen ohne einen solchen Ausweis in Verwendung nehmen, machen sich strafbar und haften mit den Letzteren dem früheren Dienstgeber für den durch den eigenmächtigen Austritt des Gehilfen erwachsenen Schaden nach Maßgabe des §. 1302 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches. Dem früheren Dienstgeber steht auch das Recht zu, den Wiedereintritt des eigenmächtig ausgetretenen Gehilfen zu fordern.

§. 75. Die Art der Verwendung eines Gehilfen, seine Bezüge und sonstige Stellung, die Dauer des Dienstverhältnisses, die allfällige Probezeit und die Kündigungsfrist sind Gegenstände freien Uebereinkommens. In Ermangelung eines solchen wird die Bedingung wöchentlich Ablohnung und eine vierzehntägige Kündigungsfrist vorausgesetzt und in den anderen Beziehungen der Ortsgebrauch zur Richtschnur genommen.

§. 76. Der Gehilfe ist verpflichtet, dem Dienstgeber Treue, Folgsamkeit und Achtung zu erweisen, sich anständig zu betragen, die bedungene oder ortsübliche Arbeitszeit einzuhalten, die ihm anvertrauten gewerblichen Verrichtungen nach besten Kräften zu besorgen, aber die Betriebsverhältnisse des Dienstgebers Verschwiegenheit zu beobachten, sich gegen Mitgehilfen und Hausgenossen vertragsmäßig zu betheiligen und die Lehrlinge, so wie die unter seiner Aufsicht arbeitenden Kinder gut zu behandeln. Er ist berechtigt, die bedungenen Bezüge zur rechten Zeit, eine anständige Behandlung und beim Austritte ein wahrheitsgetreues Zeugnis in Anspruch zu nehmen.

§. 77. Es ist den Gehilfen verboten, willkürliche Feiertage und sogenannte blaue Montage zu halten, ohne Einwilligung des Dienstgebers für eigene Rechnung oder für fremde Arbeitsgeber zu arbeiten, und unter sich Verabredungen zu treffen, um durch gemeinschaftliche Arbeitsverweigerung oder durch andere Mittel von ihrem Dienstherrn Bedingungen zu erzwingen. (§. 481 des Strafgesetzbuches.)

§. 78. Das Arbeits- oder Dienstverhältnis kann aus wichtigen Gründen vor Ablauf der ausdrücklich oder stillschweigend bedungenen Dauer und ohne Aufkündigung sogleich aufgelöst werden. Insbesondere ist aber:

1. Der Dienstgeber zur Aufhebung des Vertrages berechtigt, wenn der Gehilfe:

- a) zum Dienste unbrauchbar befunden wird;
- b) eine Handlung verübt, durch welche das in ihn zu setzende Vertrauen gegründeter Weise verwirkt wird, oder wenn eine solche Handlung nach der Aufnahme zur Kenntnis des Dienstgebers gelangt; ohne Einwilligung des Dienstgebers ein der Verwendung beim Gewerbe abträgliches Nebengewerbe betreibt;
- c) sich hartnäckig weigert, des Dienstgebers rechtmäßige Weisungen zu vollziehen, oder die Mitgehilfen, Lehrlinge oder das Hausgefinde zum Ungehorsam, zur Auflehnung gegen den Dienstgeber, zu unordentlichem Lebenswandel oder zu unerlaubten Handlungen zu verleiten sucht, oder sich eine Ehrenbeleidigung gegen den Dienstgeber oder dessen Angehörige oder einer anderen wesentlichen oder wiederholten Pflichtverletzung schuldig macht;
- d) durch eigenes Verschulden arbeitsunfähig wird, oder wenn die unverschuldete Arbeitsunfähigkeit über vier Wochen dauert;
- e) durch länger als acht Tage gefänglich angehalten wird.

2. Der Gehilfe ist insbesondere zur Aufhebung des Vertrages berechtigt:

- a) wenn er ohne Schaden für seine Gesundheit die Arbeit nicht fortsetzen kann;
- b) wenn der Dienstgeber sich thätlicher Mißhandlungen oder der Uebertretung der Ehrenbeleidigung gegen ihn schuldig macht;
- c) wenn der Dienstgeber ihn zu unsittlichen oder gegenwärtigen Handlungen zu verleiten sucht;
- d) wenn der Dienstgeber ihm die bedungenen Bezüge ungebührlich vorenthält, oder andere wesentliche Vertragsbestimmungen verlegt;
- e) wenn der Dienstgeber in Concurs verfällt oder sonst verhindert ist, dem Gehilfen Beschäftigung oder Verdienst zu geben.

§. 79. Wenn der Dienstgeber ohne einen gesetzlich zulässigen Grund (§. 78) einen Gehilfen vorzeitig entläßt, oder durch Verschulden von seiner Seite Grund zur vorzeitigen Auflösung des Dienstverhältnisses gibt, so ist er verpflichtet, dem Gehilfen den Lohn und die sonst bedungenen oder eingeführten Bezüge für den noch übrigen Theil der Kündigungsfrist zu vergüten.

§. 80. Wenn ein Gehilfe seinen Dienstgeber ohne gesetzlichen Grund (§. 78) vorzeitig verläßt, so ist der Dienstgeber berechtigt, denselben durch die Behörde zur Rückkehr in die Arbeit für die noch fehlende Zeit zu verhalten und den Ersatz des erlittenen Schadens zu verlangen. Uebrigens ist ein solcher Gehilfe angemessen zu bestrafen.

§. 81. Durch das Aufhören des Gewerbetriebes und durch den Tod des Gehilfen erlischt das Dienstverhältnis von selbst.

Doch ist im Falle des freiwilligen Aufgebens des Gewerbes oder der durch Schuld oder Unfall von Seite des Dienstgebers herbeigeführten Entlassung des Gehilfen, derselbe berechtigt, für den Entgang der Kündigungsfrist Schadloshaltung anzusprechen.

§. 82. Für größere Gewerksunternehmungen, in welchen gewöhnlich mehr als 20 Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechtes und des Alters in gemeinschaftlichen Werkstätten zusammenwirken, gelten nebstbei folgende besondere Vorschriften.

§. 83. Ueber das gesamte Arbeitspersonal ist ein Verzeichnis mit Angabe des Vor- und Zunamens, des Alters, der Heimatgemeinde, der dienstlichen Bestimmung und der Bezüge zu führen und der Behörde auf jedesmaliges Verlangen vorzuweisen.

§. 84. In den Werkstätten muß eine Dienstordnung angehängt sein, worin insbesondere folgende folgende Bestimmungen auszudrücken sind:

- a) über die verschiedenen Klassen des verwendeten Personals und seine Dienstverrichtungen; insbesondere über die Verwendung der Weiber und Kinder mit Rücksicht auf physische Kräfte und den für Letztere vorgeschriebenen Schulunterricht;
- b) über die Dauerzeit der Arbeit;
- c) über die Zeit der Abrechnung und die Ablohnungsverhältnisse;
- d) über die Befugnisse des Aufsichtspersonals;
- e) über die Behandlung im Falle der Erkrankung oder Verunglückung;
- f) über allfällige Lohnzusätze und Arbeitsstrafen bei Uebertretungen der Dienstordnung;
- g) über die Kündigungsfristen und die Fälle, in welchen das Dienstverhältnis sogleich aufgelöst werden kann.

- Ein Duplikat der Dienstordnung ist der Behörde vorzulegen.
- §. 85. Wenn mit Rücksicht auf die große Zahl der Arbeiter oder die Natur der Beschäftigung eine besondere Vorsorge für die Unterstützung der Arbeiter in Fällen der Verunglückung oder Erkrankung nöthig erscheint, ist der Unternehmer verpflichtet, unter Beitragsleistung der Arbeiter eine selbstständige Unterstützungs-Kasse dieser Art bei seinem Etablissement zu errichten, oder einer schon bestehenden beizutreten.

§. 86. Kinder unter 10 Jahren dürfen gar nicht, Kinder über 10 Jahre, aber unter 12 Jahren, nur gegen Beibringung eines über Anlangen des Vaters oder Vormundes von dem Gemeindevorstande ausgefertigten Erlaubnißscheines zur Arbeit in größeren Gewerksunternehmungen verwendet werden und zwar nur zu solchen Arbeiten, welche der Gesundheit nicht nachtheilig sind und die körperliche Entwicklung nicht hindern.

Der Erlaubnißschein ist nur dann auszufertigen, wenn entweder der Besuch der ordentlichen Schule mit der Verwendung bei der Gewerksunternehmung vereinbar erscheint, oder von Seite des Gewerksinhabers durch Errichtung von besonderen Schulen für den Unterricht der Kinder nach den Anordnungen der Schulbehörde genügende Vorsorge getroffen ist.

§. 87. Für Individuen unter 14 Jahren darf die Arbeitszeit täglich 10 Stunden, für solche über 14, aber unter 16 Jahren, täglich 12 Stunden nicht übersteigen und nur in entsprechender Eintheilung mit genügenden Ruhezeiten bemessen werden.

Zur Nachtarbeit, d. i. zur Arbeit nach 9 Uhr Abends und vor 5 Uhr Morgens, dürfen Individuen unter 16 Jahren nicht verwendet werden. Doch kann bei Gewerben, wo Tag und Nacht gearbeitet wird und wenn sonst der Betrieb gefährdet wäre, die Behörde auch die Verwendung der Arbeiter unter 16 Jahren, aber nicht unter 14 Jahren, zur Nachtzeit unter der Bedingung gestatten, daß eine angemessene Abwechslung in der Tag- und Nachtarbeit stattfindet.

Eben so kann die Behörde in Fällen eines außerordentlichen Arbeitsbedarfes eine vorübergehende Verlängerung der Arbeitszeit um 2 Stunden für die Arbeiter unter 16 Jahren, jedoch nur für die Dauer von höchstens vier Wochen gestatten.

b) Lehrlinge.

§. 88. Als Lehrling wird angesehen, wer bei einem selbstständigen Gewerbetreibenden zur practischen Erlernung des Gewerbes in Verwendung tritt.

§. 89. Um minderjährige Lehrlinge halten zu dürfen, muß der Gewerksinhaber das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben.

Jene, welche wegen eines Verbrechens überhaupt, oder wegen eines aus Gewinnsucht begangenen oder gegen die öffentliche Sittlichkeit gerichteten Vergehens oder einer derlei Uebertretung verurtheilt wurden, sowie jene, welchen nach §. 137 das Recht, Lehrlinge zu halten, entzogen wurde, dürfen weder minderjährige Lehrlinge aufnehmen, noch die bereits aufgenommenen länger behalten.

Die politische Landesstelle ist aber ermächtigt, in Fällen, wo ein Nachtheil oder Mißbrauch nicht zu besorgen ist, nach Vernehmung des Genossenschaft eine ausnahmsweise Bewilligung eintreten zu lassen.

§. 90. Die Aufnahme minderjähriger Lehrlinge hat auf Grund eines, die Bedingungen der Aufnahme und Behandlung und insbesondere die Dauer der Lehrzeit festsetzenden Vertrages zu geschehen, der, wenn der Lehrling einer Genossenschaft angehört, vor der Vorsteherung dieser Letzteren, sonst aber vor der Gemeindevorsteherung abzuschließen und daselbst aufzubewahren ist.

§. 91. Bei der Aufnahme eines Lehrlings kann eine Probezeit bedungen werden, während welcher jeder der beiden Theile nach Belieben zurücktreten kann.

Die Probezeit darf zwei Monate nicht übersteigen. §. 92. Die Dauer des Lehrverhältnisses, das Lehrgeld, die Bedingungen der Verköstigung, Wohnung u. sind Gegenstand freier Uebereinkunft; doch darf eine längere, als die für das Gewerbe ortsübliche längste Dauer der Lehrzeit nicht stipulirt werden.

In Ermangelung besonderer Verabredungen ist sich an den Ortsgebrauch zu halten.

§. 93. Der Lehrling ist dem Lehrherrn zu Folgsamkeit, Treue, Fleiß, anständigem Betragen, Verschwiegenheit verpflichtet und muß sich nach dessen Anweisung im Gewerbe verwenden.

Ein minderjähriger Lehrling ist der häuslichen Zucht des Lehrherrn unterworfen; er genießt seinen Schutz und seine Obsorge.

§. 94. Im Erkrankungsfall hat der Lehrling, der in der Hausgenossenschaft des Lehrherrn lebt, auf die gleiche Hilfe Anspruch, welche nach den allgemeinen Gesetzen den Dienstgebern gegen ihre Dienstboten obliegt.

§. 95. Der Lehrherr hat sich die gewerbliche Ausbildung des Lehrlings anlegen sein zu lassen und ihm die hierzu erforderliche Zeit und Gelegenheit durch Verwendung zu anderen Dienstleistungen nicht zu entziehen.

Er hat den minderjährigen Lehrling zur Arbeitsamkeit und guten Sitten, zur Erfüllung der religiösen Pflichten, zum Besuche des gesetzlich vorgeschriebenen Unterrichtes, und wenn in dem Orte eine gewerbliche Fachschule für Lehrlinge besteht, auch zum Besuche der letzteren anzuhalten, sich jeder Mißhandlung derselben zu enthalten, und ihn gegen solche von Seite der Dienst- und Hausgenossen zu schützen.

Im Falle der Erkrankung oder des Entlaufens des minderjährigen Lehrlings und in anderen wichtigen Vorkommnissen, welche die Dazwischenkunft der Eltern, Vormünder oder sonstigen Angehörigen erheischen, hat er diese zu benachrichtigen.

§. 96. Auch das Lehrverhältnis kann aus wichtigen Gründen vor Ablauf der ausdrücklich oder stillschweigend bedungenen Dauer sogleich aufgelöst werden.

Dieses tritt insbesondere ein:

1. Von Seite des Lehrherrn,

- a) wenn der Lehrling sich eine der im §. 78, Punkt 1, lit. b und d bezeichneten Handlungen zu Schulden kommen läßt;
- b) wenn sich unzweifelhaft herausstellt, daß der Lehrling zur Erlernung des Gewerbes untauglich ist;
- c) wenn der Lehrling durch längere Zeit als 1 Monat gefänglich angehalten wird.

2. Von Seiten des Lehrlings, beziehungsweise seiner gesetzlichen Vertreter:

- a) wenn der Lehrherr die ihm obliegenden Pflichten gröblich vernachlässigt, den Lehrling zu unsittlichen oder gegenwärtigen Handlungen zu verleiten sucht, oder das Recht der häuslichen Zucht mißbraucht;
- b) wenn der Lehrherr durch mehr als einen Monat gefänglich angehalten wird, oder auch bei kürzerer Zeit, wenn nicht für den Lebensunterhalt des Lehrlings geforgt ist;
- c) wenn dem Lehrherrn durch Straferkenntnis das Gewerbe zeitlich eingestellt wird;
- d) wenn der Lehrherr in eine andere Gemeinde übersiedelt, doch muß der Antrag auf Lösung des Verhältnisses längstens binnen zwei Monaten nach der Uebersiedelung gestellt werden.

§. 97. Gegen eine vierzehntägige Aufkündigung kann der Lehrling die Lehre verlassen, wenn er seinen Beruf ändert oder zu einem andern Gewerbe übergeht; wenn er durch die Aushaltung der ganzen Lehrzeit verhindert wäre, von einer sich ihm darbietenden Gelegenheit der Versorgung Gebrauch zu machen, oder wenn derselbe von seinen Eltern wegen eingetretener Veränderung ihrer Umstände zu ihrer Pflege oder zur Führung ihrer Wirtschaft oder ihres Gewerbes bedürftig wird.

§. 98. Durch die eingetretene Unfähigkeit des Einen oder Anderen, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, durch den Tod des Lehrherrn oder Lehrlings, oder durch das Absterben des Lehrherrn vom Gewerbe erlischt der Lehrvertrag von selbst.

§. 99. Wird das Lehrverhältnis vor Ablauf der ausdrücklich oder stillschweigend festgesetzten Dauer abgebrochen, oder hört der Gewerbetrieb auf, so finden die Bestimmungen der §§. 79, 80 und 81 Anwendung.

§. 100. Bei Auflösung des Lehrverhältnisses hat der Lehrherr dem Lehrling auf Verlangen ein Zeugnis über die zugebrachte Lehrzeit, sein Betragen während derselben und die gewonnene Ausbildung im Gewerbe auszustellen.

§. 101. Ein Gewerbsmann, der wesentlich einen entwichenen Lehrling aufnimmt, macht sich strafbar und hat mit Letzterem dem vorigen Lehrherrn für den ihm



durch die Entweichung des Lehrlings erwachsenen Schaden nach Maßgabe des §. 1302 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches zu haften.

Der entwichene Lehrling wird auf Verlangen des Lehrherrn in die Lehre zurückgebracht und unterliegt einer angemessenen Bestrafung durch denselben oder nach Umständen durch die Behörde.

#### c) Gemeinsame Bestimmungen.

§. 102. Streitigkeiten der selbstständigen Gewerbetreibenden mit ihren Gehilfen und Lehrlingen aus dem Dienst- und Lehrverhältnisse, welche während der Dauer derselben oder wenigstens vor Verlauf von 30 Tagen nach dessen Aufhören angebracht werden, sind, wenn der Gewerbetreibende einer Genossenschaft angehört, von der Genossenschaftsvorstellung im Wege der gütlichen Ausgleichung oder nöthigenfalls durch Erkenntnis zu erledigen.

Gehört der selbstständige Gewerbetreibende keiner Genossenschaft an, so sind die Streitigkeiten von der politischen Behörde zu verhandeln und zu entscheiden.

Die Erkenntnisse der Genossenschaftsvorstellung sind im Verwaltungswege vollziehbar.

Gegen dieselben steht den Beteiligten durch acht Tage die Berufung an die politische Behörde offen, durch welche jedoch die vorläufige Vollziehung nicht aufgehalten wird.

Jene Streitigkeiten, welche nach Verlauf von 30 Tagen nach Aufhören des Dienst- oder Lehrverhältnisses angebracht werden, gehören vor den ordentlichen Richter.

§. 103. Bei dem Eintritte und dem Austritte eines Gehilfen oder Lehrlings sind die bestelenden polizeilichen Meldungsvorschriften zu beobachten und es hat überdies, wenn der Dienst- oder Lehrherr einer Genossenschaft angehört, die Meldung gleichzeitig auch bei dieser zu geschehen.

§. 104. Was in diesem Hauptstücke von den Gewerbsunternehmern als Dienstgebern oder Lehrherren gesagt ist, gilt auch von deren Stellvertretern, in so weit nicht einzelne Bestimmungen der Natur der Sache nach nur auf die Person des Gewerbsinhabers Anwendung finden.

§. 105. Auf die zu kaufmännischen Diensten verwendeten Gehilfen und Lehrlinge (kaufmännisches Hilfspersonale) finden die Bestimmungen dieses Hauptstückes nur in soferne Anwendung, als rückfichtlich des Dienst- und Lehrverhältnisses dieser Personen in den handelsrechtlichen Vorschriften nicht etwas Anderes angeordnet ist.

(Fortsetzung folgt.)

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. Dezember d. J. für das Jahr 1860 zu Mitgliedern der mit dem Allerhöchsten Patente vom 23. d. M. angeordneten Staatsschulden-Kommission: den Fürsten Franz Joseph Coloredo-Wansfeld, Marquis Alphons Pallavicini, Baron Anselm v. Rothschild, und zwar Ersteren zum Präsidenten derselben allergnädigst zu ernennen geruht.

Die Herren v. f. priv. Oesterreichischen Nationalbank hat die Herren Bankdirektoren, Konstantin Bopp Ritter von Böhmstedt und Moriz Ritter v. Wodianer, die Niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer ihren Präsidenten Anton Golen v. Dück und die Wiener Börsenkammer den Vörsenrat Peter Wurmman zu Abgeordneten bei der Kommission gewählt.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem zur Dienstleistung beim Hof-Marktsaal zugewiesenen Obersten im Armeestande, Alexander Radosy v. Radas, die Kammererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 23. Dezember d. J. dem Finanzwach-Oberaufseher, Mathias Hellerl, für seine vielfältige, treue und erprobte Dienstleistung, dann dem Finanzwach-Reservisten zweiter Klasse, Ferdinand Kleinschuster, für seine entschlossene und aufopfernde Mitwirkung bei Rettung mehrerer Menschen vom Tode des Ertrinkens, das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. Dezember d. J. den böhmischen Ober-Landesgerichtsrath, Ferdinand Rölches, zum Präsides des Kreisgerichtes in Jicin allergnädigst zu ernennen und den Kommissärgerichtspräsidenten zu Terefen, Benzel Formanek, aus Dienstverhältnissen zum böhmischen Ober-Landesgerichte als Rath zu überführen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. Dezember d. J. in Anerkennung der anlässlich der letzten Kriegsergebnisse in hervorragender Weise betätigten lokalen Gesinnung und des hingebenden Eifers bei Unterstützung der Maßregeln der k. k. Regierung, das goldene Verdienstkreuz mit der Krone den Distriktskommissären Pasqual Covi in Venedig, Ignazio Olivo in Portogruaro, und Dr. Luigi Baranella in Dergo;

das goldene Verdienstkreuz dem Buchhaltungs-Assistenten Julian Anton Grel in Verona und dem ersten Deputaten Nicolò Mabile Concina in Casarfa; und das silberne Verdienstkreuz mit der Krone dem agento comunale Pietro Perotti und dem Arzte Dr. Giovanni Scaletti in Casarfa allergnädigst zu verleihen und gleichzeitig anzuordnen geruht, dass aus demselben Anlasse dem Statthalter-Präsidenten-Sekretär Vincenz Freiherren v. Prato in Venedig, dem Distrikts-Kommissär Dr. Nicolò Marta in Mestre, dem Podesta Luigi Mobille Giacomelli in Treviso und dem Central-Deputierten Angelo Cavalliere Bara Toscan der Ausdruck der Allerhöchsten Zufriedenheit bekannt gegeben werde.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 13. Dezember d. J. dem Finanzrathe bei der Finanz-Landes-Direktion in Prag, Ernst Freiherren v. Königsbrunn, in huldreichster Anerkennung seiner besonderen verdienstlichen Leistungen bei Durchführung des stabilen Kaisers in Böhmen, das Ritterkreuz Allerhöchster Franz Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 18. Dezember d. J. dem evangelisch-helvetischen Pastoren Joseph von György zu Páty im Reich-Bisthum Komitate, in Anerkennung seiner verdienstlichen seelsorgerlichen Wirksamkeit, das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 16. Dezember d. J. dem Civil-Polizeiwachmann der Wiener Polizei-Direktion, Karl Wetter, in Anerkennung seiner vielfältigen belobten militärischen und Civil-Dienstleistungen, das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 23. Dezember d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, dass der Feldmarschall-Lieutenant und Sektions-Chef im Polizeiministerium, Georg Hartmann, seiner Bitte gemäß in den wohlverdienten Ruhestand übernommen, und hierbei demselben, rückfichtlich seiner vielfach betätigten langjährigen und vor-

züglichen Dienste, der Ausdruck der Allerhöchsten Zufriedenheit bekannt gegeben werde.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. Dezember d. J. dem Bizelektor der reichs-räthlichen Hilfskassen, Johann Joseph Rziha bei seiner Veretzung in den wohlverdienten Ruhestand, in Anerkennung seiner unermüdeten langen treuen und erprobten Dienste, den Titel eines k. k. Rathes taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 21. Dezember d. J. dem Hauptmann-Auditor erster Klasse, Franz Dfner, in Anerkennung seiner belobten erprobten Dienstleistung, den Major-Auditors-Charakter ad honores allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 22. Dezember d. J. dem Kadet-Feldwebel Friedrich Schödlhauer, des Infanterie-Regiments Fürst Eduard Liechtenstein Nr. 5, und dem Korporale Wenzel Spinka, des Infanterie-Regiments Prinz Alexander von Hessen und bei Rhein Nr. 46, in Anerkennung ihres tapferen Benehmens vor dem Feinde, Ersterem die silberne Tapferkeits-Medaille erster und Letzterem die silberne Tapferkeits-Medaille zweiter Klasse allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. Dezember d. J. dem Finanzbezirks-Direktor in Preßburg, Finanzrath Moriz Gzikann, den Titel und Charakter eines Ober-Finanzrathes taxfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat den Tarnopoler Gymnasial-Supplenten Klement Biliński zum wirklichen Lehrer desselben Gymnasiums ernannt.

Die k. k. Oberste Rechnungs-Kontrollbehörde hat den Rechnungsoffizial der Kameral-Hauptbuchhaltung, Eduard David, zum Rechnungsrathe dieser Hofbuchhaltung ernannt.

#### Veränderungen in der kais. königl. Armee.

##### Ernennungen und Beförderungen:

Se. kais. Hoheit Herr Erzherzog Joseph, Oberst des Dragoner-Regiments Erzherzog Ferdinand von Toscana Nr. 8, zum General-Major;

der General-Major und Truppen-Brigadier Karl Gdler v. Antshorn, zum Festungs-Kommandanten in Krafau;

der Major Edmund v. Staudnar, zum Kommandanten des 18. Feld-Jäger-Bataillons;

der Major Joseph Freiherr v. Gardancourt, der Militär-Kanzlei-Brigade, zum Direktor des Einreichungs-Protokolles beim Armees-Oberkommando.

##### Verleihungen:

Den pensionirten Hauptleuten erster Klasse: Alfred Freiherrn v. Gumpols, Ernst De Wall und Franz Gabriel de Gath, dann dem Wittmeister erster Klasse, Franz Krenn, des Armees-Standes, der Majors-Charakter ad honores, und zwar Letzterem mit Befassung in der Dienstleistung beim Armees-Oberkommando.

##### Pensionirungen:

Der Feldmarschall-Lieutenant Karl Trattner v. Petrovca, Festungs-Kommandant in Krafau;

der Major Michael Kkalaz, des Likaner Grenz-Infanterie-Regiments Nr. 1 und

der Kriegskommissär Heinrich Arnstein.

Am 24. Dezember 1859 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das LXII. Stück der ersten Abtheilung des Landes-Regierungsblattes für das Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns ausgeben und verendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 220 den Erlass des Finanzministeriums vom 12. Dezember 1859, womit die Verichtigung vom 1. Jänner 1860 an fällig werdenden Zinsen des freiwilligen Anlehens vom Jahre 1854 in klingender Silbermünze verfügt wird.

#### Nichtamtlicher Theil.

##### Krafau, 31. December

Die Bonapartistische Broschüre le pape et le congreß, schreibt die „N. P. Z.“, hat überall einen gewaltigen Eindruck gemacht. Alles was liberal ist, freut sich, dass Louis Napoleon den Papst „groß machen“ will dadurch, dass ihm sein Befehl verkleinert wird bis auf geringste Maß. Was konservativ ist und kirchlich gefasst, dass ihm zwar nicht ersaunt über den neuen Reich, den Frankreich führt — und wenigstens hat er nicht überfordert: wir wussten und sagten, dass Louis Napoleon um seinetwillen nach Italien zöge, nicht um der „Befreiung des Volkes“ willen. Aber wir sehen, wie der kluge Kaiser der Franzosen mit klarer Ueberlegung und nicht ohne Wägung seiner so leichten Segner wieder einen Schritt weiter thut seinem Ziele zu. Die Napoleonische Welt Herrschaft wird immer bestimmter angebahnt, und der Liberalismus ist verblendet genug, in Hoffnung auf den Sturz des legitimen Fürstenthums den Mann zu feiern, der die letzten Reste der Freiheit zertreten wird in Europa, — freilich Alles unter der Firma der großen Ideen von 1789! Wagt doch z. B. die „Nationalzeitung“, die ehe dem entschieden auftrat gegen das Fortschreiten der französischen Herrschaft das jehige Vorgehen Louis Napoleons gegen den Kirchenstaat als eine Weltgeschichtliche Nothwendigkeit aufzufassen. Was war denn das Vorgehen des ersten Napoleon? Und glaubt die „Nationalzeitung“ in der That, Louis Napoleon — er sagt in seiner Broschüre kein Wort darüber, was denn mit dem Papst entfallen Romagna u. werden soll — glaubt sie, er wolle dort nachher nur italienische Nationalitäten feiern lassen? Schreibt doch die „Nationalz.“ auf derselben Seite ihres Blattes: „Man hege in Turin, da die Broschüre nicht sagt, wenn man jene Provinz zufallen soll, fortwährend nicht geringe Besorgnis, dass Frankreich ein Project eines mittelitalienischen Reiches bald sehr stark in den Vordergrund schieben würde.“ Man sollte denken, das wäre klar genug! — Das Resultat aber aller dieser Schritte wird nur das Wachsthum sein des französischen Kaiserthums, das eine Karte nach der andern ausspielt, eine Frage nach der andern aufwirft und auch die deutsche nicht „ungelöst“ lassen wird, wenn es auch jetzt noch nicht anfragen sollte wegen der natürlichen Grenzen.

Es war vorauszu sehen, dass die päpstliche Regierung den durch die neue Broschüre über das Papstthum gewagten Angriff geduldig nicht hinnehmen werde. Das erwartete ist eingetroffen. Aus Rom, vom 26. Dezember wird telegraphisch gemeldet, dass der Cardinal Antonelli dem französischen Botschafter Gra-

fen Grammont amtlich angezeigt habe, dass die Abreise des ersten päpstlichen Congreß-Bevollmächtigten nach Paris in Folge der Legueronniere'schen Broschüre verschoben ist. Schon am verfloffenen Freitag, als Graf Walewski in gewohnter Art seinen wöchentlichen Empfang für den diplomatischen Körper hielt, verhehlte ihm, wie ein Pariser Corr. der „AZ.“ meldet, der päpstliche Nuntius nicht, der Papst werde angesichts der Flugschrift „Le Pape et le Congreß“ sich schwerlich mit am Congreß noch betheiligen mögen. Graf Walewski verlangte daher am folgenden Tag im Ministerrath, es sollte die Flugschrift durch den Moniteur förmlich desavouirt werden. Die Mehrheit des Ministerraths war aber, wie erwähnt, der Meinung, dass man den wirklichen Eindruck, welchen jene Schrift in Rom hervorbringen würde, abwarten sollte, um nicht unnöthigerweise derselben mehr Gewicht zu geben als sie verdient. In diplomatischen Kreisen zweifelt man nicht einen Augenblick, dass, wenn der Papst den Congreß nicht beschickt, alle andern katholischen Mächte sich ebenfalls davon enthalten werden, um nicht unter den obwaltenden Umständen sich den Anschein zu geben, die projectirte Spoliation des heiligen Stuhls implicite zu billigen. Unter dem hohen französischen Klerus ist der Unwille über die Tendenz jener Broschüre ein namenloser, und man sieht schweren Bedrückungen im Innern entgegen, wenn die Regierung sich nicht beeilt, den höchst ungünstigen Eindruck jener heillosen Schrift unter den Katholiken zu heben und zu mildern. In politischen Kreisen besorgt man, dass sich jezt alle Unzufriedenen in eifrige Katholiken verwandeln, und dass die weißen, tricoloren, blauen und rothen Unzufriedenen die Gelegenheit beim Schopf packen werden, indem sie die Ergebnissadresse des L. Veuillot unterzeichnen.

Der „Ami de la Religion“ und die „Gazette de France“ vom 27. d. bringen in der Form und unter dem Titel „eines Briefes an einen Katholiken“ eine gepfefferte Kritik der Broschüre durch den Bischof von Orleans (Monseigneur Garvis), ein Brief, der außerdem noch als Broschüre erscheinen wird. Es werden nach einander die Principien, das Mittel und der Zweck der anonymen Schrift besprochen. Der Bischof beginnt mit der Bemerkung, dass er niemals einem Autor begegnet sei, der mit so viel Glauben an sich selber, mit einem solchen Bewusstsein seiner Gewandtheit und der Dummheit seiner Leser — so viele Sophismen, Widersprüche und Absurditäten aufhäufte hätte, und er schließt mit den Worten: Schließlich hätte ich den Autor, wenn er es erlaubt, sich namentlich bekannt zu machen. Man schreibt dergleichen nicht, ohne sich zu nennen, man versucht solche Unternehmungen nicht, ohne die Larve abzulegen. Hier ist ein Gesicht nöthig, dessen Blick man erkennen, ein Mann endlich, den man wegen seiner Worte zur Rechenschaft ziehen kann.

Wie der „Nord“ berichtet, erschien an demselben Tage mit der französischen Denkschrift: „Der Papst und der Congreß“ in Florenz eine Broschüre: „Betrachtungen über die weltliche Macht der Päpste“, von dem Florentiner Advokaten Giorgini, der fast genau zu denselben Schlussfolgerungen und Vorschlägen gelangt, die in der französischen Broschüre und in Ugeglis' früher erwähneter Denkschrift ausgesprochen sind. Am Tage vorher erschien in Florenz eine Flugschrift von Alberti: „Die napoleonische Politik und die der toscanischen Regierung“, worin für die Schöpfung eines etruskischen Königreichs gekämpft, heftig gegen Katalz's unionistische Pläne zu Felde gezogen und der Papst beschworen wird, den Romagnolen zu gestatten, sich dem neuen mittelitalienischen Königreiche anzuschließen.

Lord Normanby's Flugschrift: „Congreß und Cabinet“ wird von den liberalen Blättern, wie „Morning Post“ und „Daily News“ heftig angegriffen. Die „Times“ hat ihrer noch nicht erwähnt.

In Ergänzung ihrer gestern citirten Mittheilung die Konferenz in Berlin wegen der Küstenbefestigung betreffend, bemerkt die „N. P. Z.“ noch, dass, wie von den Hansestädten, so auch von Oldenburg und Mecklenburg zustimmende Erklärungen in Berlin eingegangen sind. Hannover hat, wie wir hören, allerdings auf die bevorstehenden Verhandlungen am Bunde hingewiesen, eine definitive Erklärung, ob es die Berliner Konferenz beschicken werde, aber noch nicht abgegeben. Es ist selbstverständlich, dass bei dieser Sachlage die Konferenz in Berlin zusammenzutreten wird, wenn auch Hannover keinen Vertreter senden sollte.

Durch ein Christiansborg, 20. Dec., datirtes kgl. Patent wird die Provinzialstände-Versammlung des Herzogthums Schleswig auf den 20. Januar 1860 einberufen; die Verhandlungen derselben sollen innerhalb 2 Monaten nach dem Eröffnungstage beendet sein.

Die Nachricht von dem Abbruche der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem türkischen Commandanten der Festung Belgrad und der serbischen Regierung, ist bis jezt ohne alle Bestätigung geblieben. Dagegen wird serbischerseits nachträglich gemeldet, dass der Pforten-Commissär Muhafis Osman Pascha ohne Einverständnis der serbischen Regierung auf der Vorstadtseite von Belgrad drei Kanonen, mit Aufstellung einer entsprechenden Wache habe aufpflanzen lassen. Es wird nicht hinzugefügt, ob und in wie ferne dieser Vorgang mit der ob erwähnten Nachricht zusammenhängt. Nach anderweitigen Berichten aus Belgrad ist die Angelegenheit zwischen dem türkischen Pascha und der serbischen Regierung durch eine Intervention der Consuln zu Gunsten des Pascha's entschieden und somit ist die Sache beigelegt worden.

Sitzung der Commission zur Berathung der im Lemberger Verwaltungsgebiete einzuführenden Gemeindeordnung vom 26. November. (Fortsetzung.)

§. 87. Die Gemeindeauslagen sind vor allem aus

den Einkünften vom Gemeinde-Eigenthum zu decken.

Finden die nothwendigen Auslagen der Gemeinde durch diese Einkünfte keine Bedeckung, so wird zu Anleihen und Auflagen geschritten.

Der 1. Absatz dieses §. wird einstimmig angenommen.

Bezüglich des 2. Absatzes stellt ein Commissionsmitglied den Antrag, dass festgestellt werde, wann Anleihen gemacht werden können. Sprecher beantragt daher die vom Wiener Comité angenommene Stylisirung;

Finden die nothwendigen Ausgaben der Gemeindekasse durch die Einnahmen vom Gemeindeeigenthum nicht die vollständige Bedeckung, so ist der Abgang entweder im Wege eines Anlehens oder durch Auflagen zu decken.

Erfürsere findet zur Aufbringung eines vorübergehenden Erfordernisses, letzteres zur Deckung wiederkehrender Ausgaben statt.

Der Referent bemerkt, dass die Bestimmung, wann eine Anleihe zu contrahiren sei, in die Instruktion über die Vermögensverwaltung gehöre.

Bei der Abstimmung erklärt sich die Majorität für den Antrag.

§. 88. Die Arten der Auflagen sind:

a) die üblichen Geldleistungen für die Aufnahme in den Gemeindeverband.

Diese werden durch besondere Anordnungen geregelt. b) Arbeitsleistungen mit Rücksicht auf die Befreiungen der §§. 47 und 90.

c) Zuschläge zur direkten Steuer bis 1/10 im eigenen Wirkungskreise der Gemeinde; höhere mit Bewilligung der Staatsbehörden;

d) Zuschläge zur Verzehrungssteuer nur mit Bewilligung der Staatsbehörden;

e) andere für den Staat nicht eingeführte Abgaben mit besonderer kaiserlicher Bewilligung.

1. Zum Punkte a stellt ein Commissionsmitglied den Antrag, den Ausdruck: üblich, dann den 2. Absatz dieses Punktes: diese werden durch besondere Anordnungen geregelt, zu streichen, und im Geseze die Höhe dieser Geldleistungen zu bestimmen.

2. Ein anderes Commissionsmitglied trägt an, die Taxe von 1—5 fl. zu bestimmen.

Ein 3. Antrag geht dahin, die Regulirung der Geldleistungen für die Aufnahme in den Gemeindeverband dem Gemeindeauschusse zu überlassen.

Zu diesem Antrage werden folgende Amendements gestellt:

a) Den Gemeinden selbst die Bestimmung der Taxe zu überlassen, jedoch die Höhe des Taxsaßes von der Genehmigung der Behörde abhängig zu machen.

b) Der Taxsaß sollte nach Maßgabe des Eigenthums der Gemeinde festgesetzt werden.

c) Der Taxsaß wäre vom Gemeindeauschusse auf eine bestimmte Zeit in Vorhinein zu bestimmen und der Behörde zur Genehmigung anzuzeigen;

d) den Gemeinden solle es frei stehen, die Aufnahmestaxe bis zum Betrage von 10 fl. im eigenen Wirkungskreise und über diesen Betrag hinaus mit Genehmigung der Behörde festzusetzen.

Hierauf kommen folgende Fragen zur Abstimmung:

I. Ist die Regelung der Geldleistungen für die Aufnahme in den Gemeindeverband besonderen Anwendungen vorzubehalten, oder hätte das Gesez ein Maximum zu enthalten.

Die Stimmenmehrheit erklärt sich für die Feststellung eines Maximums im Geseze.

II. Soll das Eigenthum der Gemeinden bei der Feststellung der Aufnahmestaxe den Maßstab abgeben?

Durch Stimmenmehrheit wird diese Frage verneinend beantwortet.

III. Ist der Maximalbetrag mit 5 fl. nach dem 2. Antrage festzustellen?

Die Majorität erklärt sich dagegen.

IV. Ist dem Gemeindeauschusse das Recht zu überlassen, die Taxe bis zu einem gewissen Betrage im eigenen Wirkungskreise, und über diesen Betrag hinaus mit Genehmigung der Behörde festzusetzen?

Die Stimmenmehrheit erklärt sich für die Aufnahme einer derartigen Bestimmung in das Gesez.

V. Bis zu welchem Betrage soll der Ausschuss im eigenen Wirkungskreise die Aufnahmestaxe festzustellen berechtigt sein?

Mit Stimmenmehrheit wird der im Amendement d) angegebene Betrag von 10 fl. angenommen.

Die Punkte b, c, d, und e, des beantragten §. 88 werden einstimmig angenommen nur mit Rücksicht auf den bereits gefassten Sitzungsbeschluss die Zuschläge zur direkten Steuer welche die Gemeinde im eigenen Wirkungskreise votiren kann auf 1/100 berichtigt.

(Fortsetzung folgt.)

Wien, 29. Decbr. Das allerhöchste Handschreiben, wodurch der Patriotismus der österreichischen Völker während der jüngsten Kriegsergebnisse nochmals feierlich anerkannt und bestimmt wird, dass die für 1860 angeordnete Rekrutenstellung unterbleibe, ohne dass im Jahre 1861 eine größere Zahl Rekruten als das normale Contingent gestellt werde, ist die dritte große Gabe, welche Se. Majestät der Kaiser diese Weihen seinen getreuen Völkern angedeihen lässt. Das Unterbleiben der gewöhnlichen alljährlichen Rekrutirung ist ein bündiger Beweis, dass dem Frieden nicht geringste Gefahr droht, seine Fortdauer vielmehr fest gesichert erscheint. Wir treten daher in das neue Jahr mit der Zuversicht, dass es keinen europäischen Krieg bringen, und der Congreß die noch obschwebenden Verwicklungen in vollkommen friedlicher Weise lösen wird. Wir treten in das neue Jahr mit der weiteren freudigen Zuversicht, dass nach den vorliegenden großen Beweisen, welche das Ministerium Reichsberg von seiner reformatorischen und organisirenden Thätigkeit, und zwar neuerlichst diese Weihen durch das Erscheinen von zwei der wichtigsten Geseze



gegeben hat, das Programm vom 22. August trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten in seinem ganzen Umfange und so schnell, als die Natur der Dinge es nur irgend gestattet, ausgeführt werden wird.

## Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 29. Dezember.** Se. k. k. Apostolische Majestät geruhen im Laufe des Vormittags Privat-Audienzen zu erteilen. Nach Beendigung derselben hat eine Ministerkonferenz unter Allerhöchstem Vorstehung stattgefunden, welcher die durchlauchtigsten Herren Erzherzog Albrecht, Wilhelm und Rainer beiwohnten.

Se. k. k. Apostolische Majestät geruhen dem Wohlthätigkeitsvereine für Wiener Hausarme aus der Allerhöchsten Privatcasse 200 fl. zum Ankauf von Brennstoffen für die Armen allergnädigst erlassen zu lassen.

Se. k. k. Hof. der Großherzog Ferdinand von Toscana, welcher sich derzeit in der Schweiz befindet, hat der „Öst. P.“ zu Folge die Absicht, nach Paris zu reisen, um dort während des Kongresses zu verweilen.

Durch eine vom 27. d. datirte kaiserliche Entschliessung wird die Aufhebung der vier Kreisbehörden in Ober-Oesterreich genehmigt und angeordnet, daß diese Behörden längstens bis Ende April 1860 außer Wirksamkeit gesetzt werden.

In der „Wien. Z.“ wird das Ergebnis der industriellen Enquête mitgeteilt. Die von der Schlusscommission gestellten Anträge haben am 20. d. in der Hauptsache die kaiserliche Sanction erhalten.

Der Herr Finanzminister Freiherr v. Bruck wurde gestern Vormittags von Ihrer k. k. Hof. dem Herrn General-Gouverneur Erzherzog Albrecht empfangen. Ihre k. k. Hof. der Herr Erzherzog Ferdinand Max und Gemalin sollten nach den letzten Nachrichten Ende Dezember Madeira verlassen und die Reise nach Brasilien antreten. Der Rückkehr Ihrer k. k. Hof. nach Wien wird erst Ende März entgegen gesehen.

Einem Artikel der „W. und S.“ z. g. entnehmen wir folgendes: „Die Beratungen über einen Entwurf zur Tiroler Landesverfassung sind von der hiezu berufenen Commission am Christabend beendet worden. Heute findet eine Sitzung der Commissions-Mitglieder statt, welcher der Herr Erzherzog-Stathalter vorsitzen und wobei höchstwahrscheinlich die Ergebnisse der Beratungen unterbreitet werden.“

Auch die Handelskammer von Venedig hat unterm 18. d. an das Finanzministerium eine Vorstellung gerichtet, worin sie die Bitte auspricht, die Bevollmächtigten Oesterreichs bei dem bevorstehenden Congresse möchten dahin instruiert werden, die Sicherung des Privateigentums zur See in Kriegzeiten und die Beschränkung der feindseligen Maßregeln auf die Kriegscontrebände, deren Begriff genau festzustellen wäre, zur Anerkennung und Geltung zu bringen.

Die „Opinione“ läßt sich aus Padua berichten, daß daselbst ein Polizeibeamter, dessen Namen sie auch nennt, durch einen Dolchstoß in's Herz getroffen worden sei. Zur Beruhigung der „Opinione“ bringt die „Trierer Zeitung“ aus der Nachbarstadt Venedig die Versicherung, daß sich in Padua kein solcher Fall oder nur ein ähnlicher zugetragen, und daß namentlich der mit Namen genannte erdolchte Polizeibeamte wohlbehalten beim Postamt verwendet werde.

## Deutschland.

Die beiden Häuser des preussischen Landtags werden durch die neueste Gesessammlung auf den 12. Januar k. J. zusammenberufen. Wie verlautet, soll das Ministerium beschloffen haben, für die neue Armee-Organisation beim Landtage fünf Millionen, aber nur auf ein Jahr zu beantragen. Es heißt, daß die Fortdauer des jetzt bestehenden Zuschlages von 25 Prozent auf die Klassen- und Einkommensteuer beantragt werden soll. Dem Vernehmen nach soll den Kammern in der nächsten Session ein Preßgesetz vorgelegt werden, welches etwas weiter auf die Sache eingehen soll, als bisher angekündigt wurde. Auch für das Verfahren bei Verhaftungen und Hausdurchsuchungen wird ein Gesetzentwurf (Habeas-Corpus-Akte) bearbeitet. Der Unterrichts-Minister hat den Regierungen den Entwurf zu einem Pensions-Gesetz für die Elementarlehrer zur gutachtlichen Aeußerung vorgelegt. Auch ist in der „Köln. Ztg.“ die Rede von einem Unterrichtsgesetz für die Elementarschulen.

In der vielbesprochenen Angelegenheit des Breslauer Kreistages befinden sich die beteiligten jüdischen Rittersgutsbesitzer gegenwärtig in Berlin, um ihre Beschwerden gegen das Verfahren des Vorstehenden und einzelner Mitglieder des Kreistages zur Erwägung der höchsten Verwaltungs-Instanz zu bringen. In Breslau sollen weder die Staatsanwaltschaft, noch die Rechtsanwälte in den vorliegenden Thatsachen einen Anhalt zur gerichtlichen Verfolgung der betreffenden Personen gefunden haben. In der von der königlichen Regierung ausgeprochenen Rüge sollen die Herren eine entsprechende Genugthuung nicht finden zu können vermeinen; sie wollen die Sache deshalb persönlich erledigen.

Dem „Schw. M.“ zufolge hat der badische Minister Frhr. v. Stengel in einem besonderen Schreiben an die Universität die Versicherung gegeben, daß die dem Erzbischof durch das Concordat eingeräumten Concessionen nicht im Mindesten die Lehrfreiheit in anderen Facultäten als in der theologischen beschränken würden. Weiter theilt die „Fr. Ztg.“ mit, daß die Bitte einer Anzahl Freiburger Professoren um Befreiung der Abhaltung einer Plenarversammlung, deren Beratungsgegenstand diejenigen Bestimmungen des Concordats sein sollten, welche sich auf die dortige Universität beziehen, von dem Ministerium des Innern abgelehnt worden ist. Die Professoren werden in

dessen befugt sein, ihre Bedenken als Einzelne der Staatsregierung vorzutragen.

Die Leipziger Zeitung feiert mit dem Anfang des nächsten Jahres das Fest ihres zweihundertjährigen Bestehens. Dies hat den Regierungsrath v. Willebrand als Königl. Commissar für die Angelegenheiten derselben veranlaßt, eine eigene Schrift unter dem Titel: „Geschichte der Leipziger Zeitung, zur Erinnerung an das 200jährige Bestehen der Zeitung, Leipzig, Königl. Expedition der Leipziger Zeitung, 1860“ — zu verfassen und herauszugeben.

## Frankreich.

**Paris, 27. Dezember.** Der „Moniteur“ veröffentlicht die Liste der Maires und Adjunkte der 20 Arrondissements von Paris. Der „Moniteur“ enthält ferner ein amtliches Bulletin, welchem zufolge Prinz Jerome Napoleon auf dem Wege der Genesung ist. — Gestern fand unter Vorsitz des Staatsministers die jährliche Preisvertheilung an die Zöglinge der Akademie der schönen Künste statt. In seiner Rede hebt der Minister Fould — unter Anerkennung des Geleisteten — bedauernd hervor, daß die Medaillen-Gravirkunst vollständig vernachlässigt wird. — Von den gouvernementalen Blättern macht die „Patrie“ sich am allerfrühesten zur Sachwalterin der Flugschrift. Sie berichtet, daß die Brochüre in Italien überall eine sehr beifällige Beurteilung erfahren habe, und stellt es als allgemeine Vermuthung hin, daß die in der Schrift ausgesprochenen Ansichten das Programm des bevorstehenden Kongresses bilden werden. — Das „Univers“, welches seiner politischen Polemik enge Schranken gesetzt findet, macht seinem Groll wenigstens über das neue Stück „die Kartenspielerin“ Luft, welches Herrn Viktor Sejour als Verfasser nennt, aber — wie man sagt — von Herrn Moquard, dem Secrétaire des Kaisers, herrührt. — Der König V. Emanuel ist bekanntlich sehr freigiebig mit seinem mauritischen und Lazarus-Orden; die sämtlichen revolutionären Blätter sind drei- und vierfach damit beschenkt worden, und es ist eine Lust, zu sehen, mit welcher Ungeduld unsere Demokraten die erforderliche Erlaubnis zum Tragen des Ordens erwarten. Einer jedoch, Hr. Peyrat, von der „Presse“, soll die Decoration zurückgeschickt haben.

Die heutige Börse war höchst beunruhigt durch das dort verbreitete Gerücht, daß die Regierungen von Wien, Madrid und Rom gegen die Brochüre: „Le pape et le congrès“, protestirt haben. Die betreffenden Protestationen scheinen sich aber nur auf Erklärungen zu beschränken, welche die hiesigen Repräsentanten der drei genannten Mächte vom Grafen Walewski verlangt haben. — (An der Pariser Börse, wurde am 29. d. als die Rente wieder etwas unter 69 ging, eine Note angeschlagen, wodurch das Gerücht, der päpstliche Nuntius habe Paris verlassen, widerlegt wird).

In Straßburg hat, der „Köln. Z.“ zufolge, am 25. d. Abends eine kleine tumultuarische Scene stattgefunden. Etwa 30 Arbeiter, welche an der Rheinbrücke arbeiten, sollen sich auf dem Austerlitzer Plage versammelt und unter Vorantragung einer Fahne, unter Abführung republikanischer Lieder und unter ähnlichen Rufen mehrere Straßen durchgezogen haben. Sie wurden durch die Polizei und Gendarmen zersprengt, wobei mehrere Personen verhaftet wurden.

Der „Akhbar“ von Algier meldet: „Unsere Privat-Korrespondenten von der marokkanischen Grenze melden die neue Waffenthaten. Die mächtige Horde der Mathias hatte sich unterworfen bis auf die Horde von Gaddur ben Sala, die von Neuem zu den Waffen griff. Sofort sammelte der interimsistische Kommandant der Division Dran, General Deligny eine Kolonne von 625 regulären und 500 irregulären Reitern und machte am 19. Dezember von den Höhen von Tschel auf einen Angriff auf die in die Ebene der Angaden herabgestiegene Horde, tödtete derselben 50 Mann und nahm ihr 2000 Schafe, 400 Stück Rindvieh, 20 Pferde, 15 Kameele, Waffen und sonstige Beute, ohne selbst nennenswerthen Verlust zu erleiden. Am 20sten des Abends war die Kolonne wieder in Sidi Zaher.“

## Spanien.

Aus Madrid vom 23. d. wird gemeldet: zwischen Sierra de Bullone und Tetuan stehen beträchtliche marokkanische Streitkräfte, darunter ein Theil der Mauren des Kaisers und der berühmten schwarzen Garde zu Pferde. Man glaubt, daß die erste große Schlacht zwischen Cap Negro und Los Castellejos, d. i. halbwegs Tetuan, geschlagen werden wird. — Das unterseische Telegraphen-Zau wurde zwischen Ceuta und Tarifa gelegt. Man glaubt, daß es in dieser Richtung der Strömung der Meerenge besser widerstehen werde.

## Italien.

Der in Mailand erscheinende „Momento“ enthält in Beziehung auf eine Reihe von Diebstählen und Raubankfällen folgende Stelle: „Es wäre hohe Zeit, daß die Behörde ernsthaft daran dächte, solchen Uebeltätern ein Ziel zu setzen, die unsere Stadt herabwürdigend und unseren Feinden Anlaß geben, die Sorglosigkeit der Behörden mit Recht zu rügen.“ Am Morgen den 27sten wurde bei der Station der Porta Rosa in Mailand eine aus 7 Individuen bestehende Diebsbande von der Wache aufgegriffen. Dreien gelang es, zu entkommen.

Herr Buoncompagni hat nach seiner am 21. d. M. in Florenz erfolgten Ankunft eine Proclamation erlassen, in welcher er sich auf die ihm vom Prinzen Garigian gegebene Delegation und auf die Uebereinkunft beruft, welche er in Turin, mit den Regierungen Toscana's und der jenseits des Apennins gelegenen Provinzen, so wie mit der Regierung des Königs abgeschlossen hat. Er anerkennt, daß sich seine Mission darauf beschränkt, die Bande, durch welche die verbündeten Provinzen unter sich vereinigt sind, noch enger zu knüpfen und ihre Beziehungen zu Piemont

noch inniger zu gestalten; gleichzeitig verspricht er jedoch den Annerkennung, daß „der König und das Piemontesische Volk sie im Frieden wie im Kriege unterstützen werden.“

Das „Giornale di Roma“ schreibt: „Mehrere Blätter haben nach dem Espéro“ gemeldet, daß man im Venetianischen ein aus Pefaro datirtes, mit dem Namen Lancredi Bella unterzeichnetes und dem päpstlichen Wappen versehenes Blättchen cirkuliren lasse, dessen Träger autorisirt sein sollen, freiwillige Gaben für den h. Vater zu sammeln, damit er den Krieg gegen die Feinde der Religion und des Thrones führen könne. Damit nun die öffentliche Meinung nicht irregeführt werde und das aufrichtige Vertrauen nicht getäuscht werde, damit man ferner zur Einsicht gelange, zu was für niedrigen Kunstgriffen die Förderer der Revolution ihre Zuflucht nehmen, um ihre bösen Absichten durch Anschwärzung der Repräsentanten der Ordnung und Gesetzlichkeit zur Ausführung zu bringen, sind wir zu der Mittheilung ermächtigt, daß jene Schrift oder Aufforderung entweder nie existirt hat und in einer bloßen Erfindung aufgeht, oder wenn sie wirklich, wie oben erwähnt, cirkulirt hat, ganz und gar falsch ist, so daß das darauf befindliche Wappen, der Stempel und die Unterschrift als Fälschungen angesehen werden müssen.“

Wie man der „Köln. Ztg.“ aus Rom schreibt, ist das bei Wilt. Braumüller in Wien 1853 und 1854 erschienene Buch „Günther und Clemens“, offene Briefe von Dr. P. Knoodt“ auf den Index der verbotenen Bücher gesetzt worden.

In Bologna hat die revolutionäre Regierung verfügt, daß die Zollwache vom neuen Jahre an im Dienst-Reglement, in der Lohnung und der Uniform ganz nach den bezüglichenden Piemontesischen Verhältnissen organisirt werden soll.

Ein Römischer Korrespondent der „Union“ schreibt über die Zustände im Königreiche beider Sizilien, daß sowohl diesseits als jenseits der Meerenge die vollkommenste Ruhe herrsche und daß namentlich auf der Insel Sizilien alle Bemühungen der geheimen Gesellschaften, die Bevölkerung zu Unordnungen hinzureißen, an dem gesunden Sinne der Majorität derselben zu nichte werden. In Neapel freue man sich der allgemeinen Wohlfahrt und der Billigkeit in den Preisen der ersten Lebensbedürfnisse; auf Sizilien denke man noch mit Schmerz an die Uebel der Revolte zurück und werde sich hüten, abermals solche Wege zu gehen.

## Asien.

Die Nachrichten von dem Zustande der Rebellen in Nepal beschränken sich nach Berichten aus Bombay vom 26. Nov. auf eine Reihe widersprechender Gerüchte. Gewiß ist nur, daß die Britischen Truppen jetzt wirklich gegen die Rebellen ins Feld gezogen sind; das 54. königliche Infanterie-Regiment ist gegen die Grenze von Goruckpur vorgerückt und hat die Rebellen bereits in zwei Treffen zurückgetrieben. Von Neuem (wie seit einem Jahr mit jeder Post) heißt es auch, daß der Nipalweiser Dschung Bahadur im Begriff stehe, sich mit den Britischen Truppen zu vereinigen, um die Rebellen aus seinem Lande zu vertreiben; 8- bis 10,000 Gurkas mit 40 Geschützen sollen sogar schon aus den Gebirgen vorgerückt sein und Dschung Bahadur soll im Lager von Buhwat erwartet werden. Ein Schreiben im „Calcutta-Englischman“ schätzt die Zahl der Rebellen an der Grenze von Nipal auf 6,000 Mann, worunter 1,000 Reiter. Sie stehen größtentheils in den Thälern von Dhang und Deffer, kleinere Truppen an dem Rande des Terai-Dschungels. — In dem benachbarten Audeh stehen die Dinge auch nicht so friedlich, wie unlängst gemeldet wurde. Die „Dube-Gazette“ hat mit Bezug auf den früheren erwähnten in Lucknow abgehaltenen großen Derbar (Fever des Generalgouverneurs) gehört, daß eine Liste der nicht erschienenen Zaludars und vornehmen Männer der Stadt aufgenommen worden ist und daß sich einige und sechszig Namen auf derselben finden. Dieselben sind aufgefordert worden, sich darüber zu erklären, warum sie der Einladung zum Derbar nicht nachgekommen sind. — In Central-Indien wird es, wie man fürchtet, zu einem längeren Kampfe in den Dschungeln kommen, die von Insurgentenhäufen durchstreift werden. Einer der Hauptlinge ist von einer Polizei-Abtheilung gefangen und sofort geköpft worden. Auch in andern Theilen von Indien fehlt es nicht an Unruhen. Die Bergvölker im Decan erregen Besorgniß und eine Abtheilung Robillas (Indische Affghanen) hat in der Nähe von Hingolih Unruhen verursacht; sie wurde indeß durch ein Truppen-Detachement zersprengt. Andere Robillas-Häufen sind bis in die Nähe von Heiderabad vorgedrungen und man fürchtet, daß sie erst nach blutigem Gefechte werden verjagt werden können. — Die gegen die Waghers ausgesandte Expedition ist bereits nach Bombay zurückgekehrt. Bekanntlich ist es den Waghers gelungen, den Britischen Truppen die Dwarika umstellt hatten, ungefährdet zu entkommen.

Wie die „Bombay-Times“ erfährt, soll in Indien ein förmliches Ministerium nach Art des englischen Cabinets gebildet werden. Die Mitglieder des ostindischen Rathes werden darnach die Stellung verantwortlicher Staats-Secrétaires erhalten und würde Lord Canning als Präsident mit der Oberleitung der politischen Angelegenheiten betraut, Sir Bartle Frere Minister des Innern, Sir James Duttam Kriegsminister und James Wilson Finanzminister werden.

## Amerika.

Briefe aus Vera Cruz vom 8. Juli bestätigen die Siege Miramon's, und ein Angriff des Bektären, gemeinschaftlich mit Robles auf Vera Cruz wurde für wahrscheinlich gehalten. Der britische Dampfer „Amethyst“, der 3 mexicanische Schiffe weggenommen hatte, blockirte den Hafen, um Genugthuung für die Verhaftung des britischen Consuls zu erzwingen.

## Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, 31. Dezember.

Der berühmte Rabbi Hirsch Danemark ist auf der Durchreise nach Ausland hier eingetroffen; er wird morgen Abends 7 Uhr im „weißen Adler“ Proben seiner erlauchten Gaben ablegen. Der Wundermann war heute Vormittags auf unserem Bureau um durch augenscheinliche Beweise darzutun, daß der ihm vorangehende Auf ein nur als Wunsch begründeter. Unter dem verblüffenden Eindruck des Erlebten schreiben wir diese Zeilen. Es kostet eine kleine Ueberrumpfung einzugehen, daß wir das was wir gesehen nicht begreifen. Besitzt der Rabbi Divinationsgabe, ist er ein Hellseher, ein mit Ob überflüssiges Medium? — Haben wir es mit einem Mathematiker zu thun, dem ungeheure Gedächtniskraft, ein außerordentlicher Scharfsinn, eine ungewöhnliche Combinationsgabe zu Gebote stehen? Alles dieses oder nichts von alledem? Wir wissen es nicht. Rabbi Danemark erbat sich einen unserer zehn Finger; wir stellten ihm den Zeigefinger unserer rechten Hand zur Disposition; halb zog er ihn, halb sank er hin zwischen die Blätter eines fest geschlossenen ihm den Rücken zulehrenden Buches. Der Rabbi schloß die Augen, brückte mit der flachen Hand auf den Hirnkasten, stellte die Frage, wen von uns er überfallen solle und gab sodann auf die Versicherung, daß wir die allgemeine Ueberrumpfung theilen würden, mit voller Genauigkeit an, was unter dem Finger zu finden, ob eine volle, ob eine halbe Zeile, ob ein leerer Raum. Wir wählten ein Buch, das vorzugsweise das Buch der Wahrheit genannt zu werden verdient, den Schematismus für das Verwaltungsgebiet für 1857, schoben unseren Fingerring zwischen zwei Blätter, und beschworen ihn unter den erforderlichen Exorcismen zu sagen, was in drei verschiednen Zeilen stehe? Da sprach der Rabbi: Wir können Sie sprechen von Zeilen? auf der ganzen Seite steht nur eine kleine Zeile mit großen Buchstaben, ober der Zeile ein Buchstabe, unter der Zeile ein Strich und so war es auch. Vido pag. 393.

Rabbi Danemark ist eben groß als Physiognomist. Er wirft einen prüfenden Blick auf das Antlitz und beschreibt dann mit einer haarsträubenden Genauigkeit und Sicherheit den Charakter, die Gewohnheiten und Eigenschaften der zu dem Gesicht gehörenden Person. Manchmal ist der Rabbi sehr einseitig und schief, aber das ist nicht seine Schuld, es gibt eben Personen und Bücher, bei denen der Fiel das Schönste. Uebrigens weiß der Rabbi sich zu schätzen. Er stellt Rarey'sche Preise.

Montag, den 2. Jänner kommenden Jahres, soll das Drama „der Glöckner von Notre-dame“ zur Aufführung kommen, welches Herr Emmerling zu seinem Benefice gewählt. Das dem berühmten Roman Victor Hugo's entlehnte Drama ist im Verlauf von drei Jahren hier nur einmal und zwar schon vor langer Zeit gegeben worden. Der Beneficiant hat durch seine bisherigen Leistungen als erster Held und Liebhaber sich die Gunst des Publicums zu gewinnen gewußt; hoffentlich wird es dieselbe auch durch einen recht zahlreichen Besuch der angezeigten Vorstellung bewahren.

Mittwoch, den 4. Jänner, wird zum Vortheil des Freischwefelberg-Meyerbeer's „Prophet“ gegeben. Wir erinnern an den glänzenden Erfolg, welchen diese beliebte Sängerin als „Bertha“ errungen, das dürfte zur Empfehlung der erwähnten Vorstellung hinreichen.

## Handels- und Börsen Nachrichten.

Dieser Tage ist in Wien eine Ladung in Amerika gekauften Tabaks angelangt, welche 30 Eisenbahnwaggons in Anspruch nahm.

**Paris, 29. Dezember.** Schlusscourse: 3proz. Rente 69.05. — Staatsbahn 550. — Credit-Mobilier 500. — Lombarden 560. — Starke Verkäufe in Folge der Erdöl.

**Krakau, 20. Dezember.** Wegen schlechter Wege ist sehr wenig Getreide auf die Grenze des Königreiches Polen angeliefert worden. Das Getreide in allen Gattungen hält sich besser und zeigt Neigung zur Preisrückbildung; die Preise sind sogar bereits etwas in die Höhe gegangen und zwar sowohl beim sofortigen Verkauf als auch bei Vercontractirungen auf spätere Beistellung. Die Preise sind um 1 — 1 1/2 fl. p. in die Höhe gegangen. Weizen zahlte man zu 22, 24 — 25 fl. p. in schönen Gattungen mit 27, 28 und in schönen mit 29 fl. poln. Korn im Durchschnitt 17, 17 1/2, 19 fl. p. in schönen Gattungen mit 18 1/2, 18 3/4 fl. p. Gerste 12, 13, 14, schöne weiße Brauerer-Gerste 15 — 15 1/2 fl. p. Hafer im Durchschnitt 8, 8 1/2 — 9 fl. p., dicker, weißer Hafer 9 1/2 — 9 3/4 fl. p. Gerste zu 13, 14, 15 fl. p., reine, schwere Körner 16 fl. p. Im Allgemeinen ist von der Hand wenig verkauft worden, der Verkauf ging mehr auf spätere Beistellung bei nahen Terminen, obwohl auch da nur meistens in kleinen Partien. Auf dem heutigen Krakauer Markte war die Handelsbewegung sowohl in dem ins Ausland durchgeführten als auch am Orte verkauften Getreide nur schwach. Kleine Partien, die zum Ortsbedarf angekauft werden, können nicht zum Maßstab genommen werden, im Allgemeinen zahlte man dieselben Preise, wie vor den Feiertagen. Hafer wurde aus Galizien angefahren und ging zu höheren Preisen ab. Man zahlte für den Wiener Centner Hafer 2.90, 2.95 und für den schönsten 3 fl. öst. W.

**Krakauer Cours am 30. Dezember.** Silbercubel in polnisch Courant 111 verlangt, 109 bezahlt. — Polnische Banknoten für 100 fl. öst. W. 1 fl. poln. 374 verl., 367 bez. — Preuß. Gr. für 1 fl. 180 Alaler 80 1/2 verl., 79 1/2 bezahlt. — Russ. Imperiale 10.4 verl., 9.84 bez. — Napoleon's 9.95 verl., 9.70 bezahlt. — Holländische holländische Putaten 5.50 verl., 5.67 bezahlt. — Oesterreichische Rand-Putaten 5.55 verl., 5.72 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst laufenden Coupons 99 verl., 98 1/2 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst laufenden Coupons 74 1/4 verl., 83 1/4 bez. — Grundentlastung-Obligationen 74 1/4 verl., 73 1/4 bezahlt. — National-Anleihe 79 — verl., 78 — bezahlt, ohne Zinsen. — Neues Silber, für 100 fl. öst. W. 125 verl., 123 bez. — Aktien der Carl-Ludwigsbahn 71 verlangt, 69 bezahlt.

## Telegr. Dep. d. Dep. d. Dep. d. Dep.

**Neuestes aus Italien** (theilweise telegraphisch). Triest, 29. Dez. Der k. k. Gesandte Baron Brenner ist von Athen hier angekommen.

Turin, 27. Dez. Graf Cavour reist wahrscheinlich am 12. Jänner nach Paris ab. Am 11. und 12. d. M. fanden in Sassari zahlreiche besuchte Bürgerversammlungen statt, um gegen die neuen Geseze und Einleitungen zu protestiren.

**Neueste Levantinische Post.** Konstantinopel, 24. Dez. Der Handelsminister Mahmud Pascha ist in Dispositionität versetzt und Ehen Pascha an seine Stelle ernannt worden. Sieben Provinzgouverneure wurden gewechselt. Das griechische Journal „Byzantis“ ist verbannt worden. Die norwegische Kriegscorvette „Træn“ und die schwedische Corvette „Lagerbjelle“ ist angekommen. Haidar Effendi ist zum Gesandten in Teheran ernannt.

Corsu, 21. Dez. Die Parlamentsadresse verspricht bereitwillige Verathung der vorgeschlagenen Verwaltungsreformen.

Mit dem Schlusse des heurigen Jahres hört die „Oesterreichische Correspondenz“ zu erscheinen auf.

## Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Bozef.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 30. Dezember 1859. Angekommen sind die Herren Gubeloff: Kasimir St. Pottsch und Preußen. Tadeusz Sobolewski a. Galizien. Abgereist sind die Herren Gubeloff: Ludwig v. Rostki n. Posen. Alfred Bogusz n. Galizien.



